

liehene Gabe der Interpretation der geschichtlichen Situation, der Beurteilung der ‚Zeichen der Zeit‘, der ‚Unterscheidung der Geister‘ zu aktivieren. Nur so können wir für den Teil der Zukunft, der in unsere Hand gegeben wird, verantwortlich entscheiden. Die Zwielfichtigkeit unserer Situation nötigt uns zu einem behutsamen Vortasten auf Wegen, deren endgültiges Ziel Gott allein weiß.“ Das erforderliche Handeln sei nicht geradlinig, sondern verlange einen Wechsel von Fall zu Fall zwischen entschlossener Förderung bestimmter Entwicklungen und besonnenem Widerstand gegen sie. Dafür gibt die Denkschrift Beispiele (S. 75 f.).

„Die Christenheit muß Wissenschaft und Technik um des Nächsten und seines Überlebens willen entschlossen fördern. Sie muß im Zentrum des Fortschritts, in einer großzügigen Kulturpolitik, mithelfen, daß Wissenschaft und Technik die von ihnen benötigte große Zahl von Menschen mit qualifizierter Ausbildung erhalten. Mit den wachsenden Größenordnungen aber potenziert sich die Gefahr, daß Wissenschaft und Technik den Nimbus eines unbeeinflussbaren Naturgeschehens bekommen, dessen vernichtende Wirkungen man nicht aufhalten kann.“ Demgegenüber seien komplementäre Bildungseinrichtungen aufzubauen. In jedem Falle: „Ein Weltzustand, in welchem Staaten sich ständig mit einer in Minuten zu vollziehenden Vernichtung bedrohen, kann nicht bleiben; die sich immer wiederholenden politischen Krisen würden in kürzerer oder längerer Zeit einmal zum Kriege führen, vielleicht sogar zu einem globalen Kriege. Der Weg zu Veränderungen der gegenwärtigen politischen Situation muß also gefunden werden. Die Christenheit wird ver-

suchen müssen, den künftigen Weltzustand beispielhaft vorwegzunehmen ...“ (S. 76). War das nicht auch die Vision des Zweiten Vatikanischen Konzils? Wird die von Papst Paul VI. geschaffene „Vorläufige Kommission für das Laienapostolat“, die auch für den Aufbau einer Weltgemeinschaft wirken soll, nach dem Informationsbesuch ihres Präsidenten, des Kardinals Roy, in Genf beim Welt-rat der Kirchen nunmehr tätig werden? Diese Fragen drängen sich auf, alle Ansätze zu ihrer Lösung müssen sorgfältig verzeichnet werden.

„Ökumenische“ Friedensuniversität?

Die Schrift schließt im Hinblick auf die außerordentliche Konzentration der Kräfte, die das Zweite Vatikanum fordert, um die Stellungnahme der römischen Kirche zur modernen Welt zu überprüfen, mit einem ganz konkreten Vorschlag: die unentbehrliche Kooperation der Wissenschaften sollte durch die gemeinsame Gründung einer „ökumenischen Friedensuniversität“ versucht werden. Auch hier ist der Begriff „ökumenisch“ im weitesten Sinn verstanden, die römisch-katholischen Bemühungen um den Frieden umfassend. Vielleicht leidet der gute Vorschlag nur noch an dem einen Mangel, daß er im Sinne früherer Ausführungen der Denkschrift zu begrenzt christlich ist und somit einer Kooperation der Wissenschaften Grenzen setzen würde, die ihr nicht angemessen sind. Hier scheinen manche Bestrebungen des Zweiten Vatikanums weiter zu schauen, soweit dabei an Wissenschaft und Technik und nicht wieder nur an Fundamentaltheologie gedacht ist (Gespräche mit den Atheisten usw.).

Aus der Ökumene

Probleme und Wandlungen der Diakonie

Vom 17. bis 22. September 1966 fand in der Freien Universität in Berlin eine beachtenswerte Veranstaltung statt: Der erste Diakonische Kongreß nach 29 Jahren. Veranstalter war das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland, das seinen Sitz in Stuttgart hat. Der Einladung folgten 2300 Mitarbeiter der Diakonie als ständige Teilnehmer und 300—400 Tagesgäste. Vertreter aus dem anderen Teil Deutschlands konnten nicht dabei sein, jedoch fand nahezu zur gleichen Zeit auch in Ostberlin eine Zusammenkunft statt, bei der, wie auch im Westen, um die Liebesarbeit verdiente Persönlichkeiten mit der Wichernplakette ausgezeichnet wurden. Der Kongreß ist im Zusammenhang einer Reihe von ähnlichen Veranstaltungen zu sehen, die seit dem Jahre 1849 in regelmäßigen, meist kurzen, Abständen als Kongresse für Innere Mission den diakonischen und volksmissionarischen Aufbruch in der evangelischen Kirche seit Johann Hinrich Wichern begleitet und befruchtet haben. Der letzte von ihnen fand 1937 als „Reichstagung für Innere Mission“ in Berlin statt. Kongreß durfte man damals nicht sagen. Der Vorschlag, den Kongreß wieder zusammenzurufen, ging von dem synodalen Organ der Diakonie, der „Diakonischen Konferenz“, aus. Es bestand der dringende Wunsch, eine Möglichkeit der Begegnung und Aussprache zu schaffen, bei der nicht nur die Spitzenfunktionäre, die sich sowieso jedes Jahr einmal in der „Großen Geschäftsführerkonferenz“ versammeln, sondern auch das „Fußvolk“ dabei sein

könnte. Die Arbeitsteilung auch in der Diakonie bringt es mit sich, daß der einzelne in Gefahr ist, nur noch seinen Teilauftrag, aber nicht mehr das Ganze zu sehen. In Berlin sollte darum das allen Gemeinsame, der Auftrag christlicher Liebestätigkeit, im Mittelpunkt stehen.

Genaugenommen gab es jedoch zwei Kongreß-Themen: Der offiziellen Bezeichnung „Diakonie 1966 — Herausforderung und Antwort“ nach ging es um eine Standortbestimmung diakonischen Handelns in der Gegenwart. Die Mehrzahl der Vorträge beschäftigte sich jedoch nicht mit grundsätzlichen Erörterungen, sondern mit den praktischen Fragen, die insbesondere die jüngere Generation der Mitarbeiter bewegen. „Mitarbeit in der Diakonie — Chance des Auftrags“ sollte darum auch ursprünglich das Kongreß-Thema lauten.

Die spätere Formulierung ist ein Kompromiß. Ein berechtigter Kompromiß insofern, als der Elan, mit dem auf dem Kongreß die heiklen Eisen der Ausbildung, der Versorgung und des Zusammenlebens der Mitarbeiter aufgegriffen wurden, als eine praktische Anwendung der Ergebnisse grundsätzlicher Neubestimmung verstanden werden können.

Grundsätzliche Aussagen

Das „Selbstverständnis der Diakonie heute“ artikulierte der Präsident des Diakonischen Werkes, Theodor Schober, aus Stuttgart. Die Notwendigkeit einer solchen grundsätzlichen Besinnung sah er in der verwirrenden Vielfalt der Urteile, welche das diakonische Handeln innerhalb und

außerhalb der Kirche erfährt. „...die einen erklären die Diakonie in einer veränderten Welt als museumsreif, andere sehen in ihr eine kommende Propagandamöglichkeit für die Kirche, wieder andere das Allheilmittel, um eine Kirche, die sich in ihrer Lehre uneins ist, doch noch einigermaßen öffentlichkeitswirksam zu erhalten . . . Die einen warnen vor dem Machtanspruch diakonischer Werke auf die kirchlichen Strukturen, die anderen vor einer Überfremdung diakonischer Spontaneität durch die kirchliche Bürokratie. Dem Gespenst der Klerikalisierung der Diakonie entspricht auf der anderen Seite die Klage über ihre Säkularisierung, oft fällt beides zusammen.“

Ausgehend von dem Auftrag der Kirche, in der Bindung an die „Humanität Gottes“ Geburtshilfe zur „wahren Menschlichkeit“ des Menschen und zur „wahren Weltlichkeit“ der Welt zu leisten, beschrieb er Diakonie dreifach: Als Antwort auf die Herausforderung der Kirche durch das Evangelium zum gelebten Glauben, als Antwort auf die Herausforderung der Kirche durch die Welt zur christusgemäßen Solidarität und als Herausforderung der Welt zu barmherzigem Handeln.

Diakonie als „Antwort auf die Herausforderung der Kirche durch das Evangelium zum gelebten Glauben“ war auch das stille Thema der Bibelarbeiten, die von bekannten Persönlichkeiten (Bischof D. Kurt Scharf, Rektor Bürckstümmer, Pfarrer Helmut Claß, Prof. D. Martin Fischer u. a.) gehalten wurden. Unmißverständlich die Worte von Helmut Claß, mit denen er seine Bibelarbeit beschloß: „Sehr einfach und ohne Bild ausgedrückt: Diakonie lebt heute vom Wort und vom Sakrament und von nichts anderem. Nur der kann recht dienen, der sich immer wieder von IHM bedienen läßt — heute und morgen und am dritten Tag.“ In diesem Zusammenhang konnte man deutlich Kritik gegen die Introvertiertheit von Theologie und Predigt vernehmen:

Diakonische Durchdringung der Theologie

„Eine Predigt, die nur Lehrsätze deklamiert oder Fragen aufwirft, ohne sie zu beantworten, und nicht gegenwartsbezogene Hilfen gibt, wie denn die Gemeinde als ganze und jedes einzelne Glied auf das Gehörte antworten kann in der missionarischen und diakonischen Tat, wird ihrem Auftrag nicht gerecht und ermüdet durch ihre mittelmäßige Langweiligkeit.“ Präsident Schober, von dem diese Worte stammen, forderte im Gegensatz dazu eine diakonische Durchdringung der Theologie, der kirchlichen Ausbildungen, der Verkündigung und der kirchlichen Strukturen. Dem letzten Punkt widmete er sich ausführlicher. Es war ihm vor allem daran gelegen, dem alten Mißverständnis, Diakonie sei ausschließlich Anstaltsdiakonie, zu wehren und die Gemeinde als Mutterboden diakonischen Handelns neu in die Verantwortung zu rufen. Um den Gedanken der Diakonie zu verwurzeln, um alte Formen der Diakonie zu pflegen und gleichzeitig um neue Formen diakonischen Handelns zu entwickeln, soll jede Gemeinde einen Diakonie-Ausschuß bilden, der durch einen Diakonie-Presbyter mit dem Kirchengemeinderat zu verbinden wäre.

Schober gab auch zu bedenken, ob nicht das Berufsbild der Gemeindeglieder sozialpflegerisch neu gestaltet werden müßte. Die diakonischen Bezirksstellen müßten die Gemeinden in ihrer Arbeit anleiten, koordinieren und ergänzen. Die Trägerschaft von Krankenhäusern, Anstalten und Altenheimen sollten, sofern sie nicht ihre eigenen Rechtsträger haben, in der Regel von den Bezirken und nicht von

einzelnen Gemeinden verantwortet werden. Die Kompliziertheit unserer Gesellschaft fordere vielfältige Hilfsdienste von sachkundigen Leuten auch für diejenigen, die sich nicht in einer akuten Notlage befinden. Hierfür seien eine Sozialberatung mit sozialanwaltlicher Hilfe sowie Ehe- und Familienberatungsstellen einzurichten. „Die Diakonie“, sagte Schober, „könnte dann nicht mehr mißverstanden werden als Sonderinteresse bestimmter Gruppen, die langsam an personaler Auszehrung und Überalterung dahinsiechen, sondern als Aufgabe der ganzen Kirche, die in dem Maße lebendig bleibt, als sie ihren Gliedern praktikable Aufgaben gelebten Glaubens zeigt.“

Herausforderung durch die Welt

Angesichts einer sich ständig verändernden Welt, bei der der rasche und radikale Umbruch zur Norm geworden sei, müsse sich die Diakonie auch als „Antwort auf die Herausforderung der Kirche durch die Welt zur christusgemäßen Solidarität“ verstehen. Sie müsse mitgehen können, wenn Arbeitsmethoden und Erkenntnisstufen überholt würden und die Erscheinungsformen der Not wechselten. Sie müsse neue Gemeinschaftsformen kommunitären Lebens entwickeln und dürfe das (wohlüberlegte) Experiment nicht scheuen, auch wenn die Loslösung von lieb gewordenen Vorstellungen und Lebensformen mit Schmerzen verbunden ist.

Dieser Gedankengang war dem Präsidenten des Diakonischen Werkes so wichtig, daß er ihn in der Schlußsitzung noch einmal aufgriff: „Wir sollten immer wieder prüfen, ob wir nicht an einzelnen Stellen zu starr sind, indem manches, was gewachsen ist, einfach meint, bleiben zu müssen . . . Es müssen in der Diakonie auch Dinge sterben können, wenn der Zeitpunkt gekommen ist . . . Ich bin dabei, zu überlegen, ob wir gut daran tun, wenn die Diakonie noch weiter in Institutionen sich verdichtet und noch weniger Menschen hat für die spontanen, die offenen Dienste der Kirche — ob hier die rechte Balance besteht, die notwendig ist um der Menschen willen . . . um der großen Weite unserer Arbeit willen, um der Zeichenhaftigkeit unseres Auftrags willen.“

Wachsame Auge auf den Staat

Recht verstandene Diakonie könne und müsse schließlich zu einer „Herausforderung der Welt zu barmherzigem Handeln“ werden. Er warnte vor dem Geist von Auschwitz und seiner Auferstehung in neuen Formen, wie der Beseitigung ungewollten ungeborenen Lebens und der Manipulation des Menschen. Auch in der Frage der Aufnahme des alten Menschen und der Versäumnisse unbarmherziger Eltern an ihren mißgeborenen Kindern dürfe die Diakonie nicht schweigen. „Mag die Kirche mancherorts den Eindruck erwecken, in den hohen Rat gewählt worden zu sein — ihre Diakonie hat ihren Platz bei den Elenden und Rechtlosen . . . Damit fordert sie die Welt ständig heraus zu mehr Barmherzigkeit.“ Die Diakonie müsse auch ein wachsame Auge auf den Staat haben und einen Wall gegenüber den latenten Totalitätstendenzen aufrichten. Der Staat dürfe auch im Bereiche der Fürsorge — wie überall — nur ein Minimum an Staatlichkeit in Anspruch nehmen, müsse möglichst viele Aufgaben delegieren und der Initiative außerstaatlicher Instanzen weitgehend Raum geben.

In diesem Zusammenhang erwähnte Schober erneut das Dilemma der evangelischen Krankenhäuser. „Die Evangelische Kirche in Deutschland wartet seit ihrer letzten Synode auf eine befriedigende staatliche Regelung eines

gerechten Leistungsentgeltes für ihren Dienst an den Bürgern dieses Staates in ihren Krankenhäusern. Hoffentlich kommt diese Hilfe nicht erst dann, wenn einige dieser Krankenhäuser aus finanziellen Gründen haben schließen müssen!“ Er dankte jedoch gleichzeitig dem Staat und der öffentlichen Hand für alle bisher geleistete Unterstützung.

Die Mitarbeiterfrage

Der durch sein „Ostpreußisches Tagebuch“ bekanntgewordene Chefarzt Hans Graf von Lehndorff aus Bad Godesberg fixierte bereits bei einer Kundgebung für die Gemeinden, die dem eigentlichen Kongreß vorausging, den Ausgangspunkt für die Beratungen, die sich um die Mitarbeiterfrage rankten, mit folgenden Worten: „Das Verhältnis der Pflegekräfte zur Menge der Hilfsbedürftigen wird immer ungünstiger. Auf der einen Seite wird der Bedarf an Pflegekräften immer größer, das liegt zu einem wesentlichen Teil an dem Fortschritt der medizinischen Technik mit ihren immer komplizierter werdenden Möglichkeiten, Menschen am Leben zu erhalten und alt werden zu lassen. Auf der anderen Seite ist nicht zu erwarten, daß bei der Jugend plötzlich ein Sturm ausgerechnet auf die pflegerischen Berufe einsetzt. Dazu sind all die anderen Lebensmöglichkeiten, die heute angeboten werden, viel zu bequem, dazu ist das Geldverdienen viel zu einfach geworden, als daß man es nötig hätte, sich einen so ernsten, verantwortungsschweren, den ganzen Menschen fordernden Beruf auszusuchen.“

Der Kultusminister von Baden-Württemberg, Theologieprofessor Wilhelm Hahn, griff am zweiten Kongreßtag dieses Thema in einem Vortrag über „Die Bildungsreform des Staates und der Dienst der Diakonie“ auf. „Für alle Gebiete, die die Diakonie (und mit ihr alle anderen Wohlfahrtsverbände) betreffen“, so stellte Prof. Hahn u. a. fest, „wird ein großer Zuwachs des Bedarfs an qualifizierten und hochqualifizierten Mitarbeitern bei allen Überlegungen über die Bildungsreform eingeplant. Die allgemeine Steigerung der Ausbildung der Bevölkerung, die nach den Richtlinien des Schulentwicklungsplans von Baden-Württemberg 15% eines Altersjahrgangs zum Absolvieren eines Gymnasiums und 40% zum Absolvieren der Mittleren Reife bis zum Jahr 1981 bringen soll, bedeutet die Erschließung eines sehr großen Reservoirs von Menschen für die vielfältigen Berufsaufgaben in der Gesellschaft.“ Dieser allgemeine Bildungsanstieg wird sich nach Meinung von Minister Hahn so auswirken, daß sich die Zahl der gut ausgebildeten Menschen, die für diakonische und soziale Berufe geeignet sind, wesentlich vergrößern wird. „Ob sie“, so führte Hahn weiter aus, „für diese gewonnen werden, hängt von der Anziehungskraft der diakonischen und sozialen Berufe und der in ihnen gestellten Aufgaben ab. Diese Anziehungskraft liegt keineswegs nur im Materiellen.“

Ausbildung und geistiger Standort

Damit war der Anstoß zu den weiteren Erörterungen gegeben, in denen eine Analyse der Situation und eine Beschreibung der notwendigen Schritte für die Gewinnung, Ausbildung und Förderung haupt- und nebenamtlicher Mitarbeiter gegeben wurde.

Mit der „Situation der Ausbildung von hauptamtlichen Mitarbeitern für Kirche und Diakonie“ befaßte sich Oberkirchenrat Manfred Müller aus Stuttgart. Seine zwölf Richtpunkte, die er zur Beachtung empfahl und mit denen er manche heikle Frage anrührte, können hier nicht in extenso wiedergegeben werden. Es verdient aber Beach-

tung, daß er als entscheidenden Punkt der Ausbildung „die Orientierung und das Gespräch über den christlichen Glauben“ ansah. „Ich meine damit“, sagte er, „nicht eine Fortsetzung des Schul- oder Berufsschulunterrichts, sondern eine auf den Dienst in der Kirche und in der Welt gerichtete Hilfe zum mündigen Christsein.“

Zusammenfassend kann man die wichtigsten Gesichtspunkte, die von ihm und den anderen Rednern in der Mitarbeiterfrage ausgeführt wurden, auf folgenden Nenner bringen: 1. Die Ausbildung soll intensiviert und noch stärker auf die Praxis bezogen werden. Müller warnte allerdings gleichzeitig vor einer zu weitgehenden Verlängerung der Ausbildung und befürwortete statt dessen eine berufsbegleitende Fortbildung. Die Kirche müsse mehr als bisher, nämlich 1% ihres Kirchensteueraufkommens, für Ausbildungszwecke im pflegerischen und sozialen Bereich aufwenden. In diesem Zusammenhang verdient das Projekt „Diakonische Akademie“, das in Stuttgart verwirklicht werden soll, Beachtung. Seit Beginn dieses Jahres laufen bereits Fort- und Weiterbildungskurse. Sie bestätigen, wie Albrecht Müller-Schöll von der Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes mitteilte, die Notwendigkeit einer fachlichen Fortbildung und einer Vergewisserung über den Standort diakonisch-kirchlichen Handelns heute.

Was erwarten die Mitarbeiter?

2. Die Versorgung soll nach einheitlichen Grundsätzen erfolgen. Dieser Frage widmete sich Otfried Schmidt in seinem Vortrag: „Was erwarten die Mitarbeiter?“ Der in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen viel mehr auf sich gestellte Mitarbeiter müsse fragen, ob er mit der ihm gezahlten Vergütung seine Familie nicht nur unterhalten, sondern auch seinen Kindern eine angemessene Ausbildung gewähren könne. Er wolle auch die Möglichkeit haben, seinen Arbeitsplatz zu wechseln, sagte Schmidt. Diesem Wunsch könne nur durch eine einheitliche Dienst- und Vergütungsordnung mit ausreichenden und angemessenen Sätzen und einheitlichen Richtlinien für eine zusätzliche Altersversorgung sowie der Beihilfen in Geburts-, Krankheits- und Todesfällen Rechnung getragen werden. 3. Es müsse alles getan werden, um das Arbeitsklima in der Diakonie auf eine zeitgemäße Basis zu stellen. In diesem Zusammenhang fielen zwei Stichworte von weittragender Bedeutung: Abbau des Patriarchalismus und Herstellung partnerschaftlicher Zusammenarbeit (teamwork). Auch Präsident Schober sprach im Blick auf die Bewältigung zukünftiger Aufgaben diese Gedanken aus: „Je mehr (die Mitarbeiter) an kommenden Entscheidungen und Reformen echt beteiligt sind, desto selbständiger und verantwortlicher werden sie sie auch mittragen.“ „Wir nennen uns Mitarbeiter. Das sind solche, die nicht für sich allein da sind, auch nicht in der Arbeit. Lassen wir das einander spüren, daß wir uns alle gegenseitig brauchen . . .? Welche Atmosphäre empfängt etwa den neuen Mitarbeiter? Wie steht es mit uns bei der Bewährung des Mit-einander-Lebens und Mit-einander-Arbeitens in außergewöhnlichen Situationen, z. B. in Krisen? Wie werden bei uns menschliche Konflikte bewältigt?“, ergänzte Landeskirchenrat Schröder aus Rendsburg, der neugewählte Vorsitzende der Diakonischen Konferenz. Diakonisse Sigrid Hornberger legte in ihrem Referat „Möglichkeiten der Anleitung — Beteiligung — Förderung“ Wert darauf, zu zeigen, daß diakonisches Handeln, partnerschaftliche Zusammenarbeit und Leben in einer Gemeinschaft nicht ohne eine Anleitung möglich sind. Das gelte auch für ehrenamtliche Helfer. Die freiwilligen Helfer sollten ihren

Gaben gemäß eingesetzt werden und alte Fachkräfte ihnen ihre Überlegenheit nicht zur Last werden lassen, fügte die Leiterin des Bayerischen Mütterdienstes, Lieselotte Nold, hinzu.

Nicht nur Äußerungen des guten Willens

Viele dieser Gedanken sind in kleinem Kreise schon oft verhandelt worden. Daß sie beim Diakonischen Kongreß in aller Öffentlichkeit widerspruchslos geäußert wurden, wird ihrer Verwirklichung Schubkraft verleihen. Eine stärkere Anziehungskraft der sozialen und pflegerischen Berufszweige auf die Jugend ist jedoch erst zu erwarten, wenn die Verwirklichung aus dem Stadium der Äußerung guten Willens herausgetreten ist. Dieses Ziel zu erreichen haben sich die Verantwortlichen der Diakonie offenbar zum Ziel gesetzt.

In diesem Zusammenhang bedarf es der Erwähnung, daß der Aufruf Prof. Thielickes zur Einführung des Pflichtjahres für Mädchen zwar verschiedentlich kommentiert, aber nicht positiv bewertet wurde. Alle diejenigen, die heute nach dem Pflichtjahr rufen, sagte Dr. Schober, sollten erst einmal zwei Jahre lang alle ihre Kraft zur Förderung freiwilliger Mitarbeit in den sozialen und pflegerischen Berufen einsetzen. „Allerdings meinen wir“, fügte er hinzu, „daß ein sozialpflegerisches Praktikum für Pädagogen, Psychologen, Soziologen, Mediziner — kurz für alle akademischen Berufe am Menschen — ähnlich dem Diensthalbjahr für Theologen — keine unbillige Zumutung darstellen würde.“

Der Lohngedanke

Abschließend verdienen zwei Gedanken Beachtung, die auf dem Kongreß geäußert wurden. Sie geben zu der Ver-

mutung Anlaß, daß sich die Vorstellung von Diakonie als einem Dienst ohne Lohn allein aus Dank und Liebe in doppelter Weise gewandelt zu haben scheint. Helmut Claß wies mit Nachdruck auf die biblische Lohnverheißung mit den Worten hin „Jawohl, der Herr gewährt einen Lohn...“ (Trotz unserer anti-katholischen Komplexe: „Die Katholiken wollen sich mit ihrem frommen Tun doch nur den Himmel verdienen.“) Jesus läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er zu belohnen gedenkt, und zwar königlich. Nur das Feilschen um Lohn und das Pochen auf Lohn lehnt er ab. Aber er erwartet von seinen Knechten, daß sie demütig genug sind, seinen Lohn anzunehmen.“ Vom Präsidenten des Diakonischen Werkes stammt der andere Hinweis, daß auch der bezahlte Dienst am Menschen echter diakonischer Dienst sein kann. Im Blick auf die junge Generation von heute warnte er davor, den Eindruck zu erwecken, als sei „ein Dienst ohne oder mit niedrigem Lohn“ das Markenzeichen der Diakonie. „Auch die zeitlich begrenzten Dienste, die über zweiundsechzig verschiedene Ausbildungswege erlernt werden können ... eröffnen die Möglichkeit, nicht ‚um Lohn‘ zu dienen, sondern einen Lebensabschnitt bei aller materiellen Sicherheit ‚aus Dank und Liebe‘ für andere fruchtbar zu machen.“

Sowohl diese Erwägungen wie die neuen Gesichtspunkte in der Mitarbeiterfrage und das Streben nach einer „an Haupt und Gliedern diakonischen Kirche“ sind als Zeichen dafür zu werten, daß die evangelische Diakonie bemüht ist, nicht auf den Verdiensten der Vergangenheit auszurufen, sondern sich auch in der Gegenwart den Anforderungen der Not zu stellen und auf sie eine Antwort zu geben.

Aus dem Judentum

Israel und die Diaspora

Mehr als je in seiner Geschichte sieht sich das Judentum heute in seiner Existenz bedroht. Was das Exil, die Unterdrückung und die Vernichtung großer Teile des jüdischen Volkes nicht vermocht haben, scheint die uneingeschränkte Freiheit der Ausübung der jüdischen Religion und die neue Begründung eines jüdischen Staatswesens in Israel zu bewirken. Die Gefahren, die sich schon bald nach Beginn der jüdischen Aufklärung im 19. Jahrhundert zeigten, wurden in den letzten zwei Jahrzehnten auf besondere Weise manifest und sind, wie zahlreiche Äußerungen der weltlichen und geistlichen Führer der Judenheit zeigen, voll bewußt geworden. Anlässe und Bedingungen dieser Krise entstanden sowohl in Israel als auch in der Diaspora, nicht zuletzt aber auch in der Beziehung beider zueinander.

Das Ende der zionistischen Ära in Israel

Das faktische Scheitern der Judenemanzipation in Europa ließ einen jüdischen (politischen) Nationalismus entstehen, der den Nationalismen anderer Völker entgegengesetzt wurde. Dies bedeutete in der Praxis, daß die individuelle Assimilation der Juden an eine Vielzahl von Kulturen durch eine Assimilation auf nationaler Ebene ersetzt wurde. Die Juden sollten ein durchaus „normales“ Volk werden mit einer normal geschichteten Sozialstruktur, mit

eigenem Boden und eigenem Staat. Dabei fehlte es der zionistischen Bewegung keineswegs an ideologischen und idealistischen Programmen, schließlich war diese Bewegung nicht weniger als ein Versuch der Selbsterlösung. Das normale Dasein wurde zum Ideal erhoben, doch fehlte es nicht an zuweilen sogar gelungenen Versuchen, dieser Normalität auch einen geistigen Wert zu verleihen, das normale Dasein vorbildhaft für die menschliche Gesellschaft zu gestalten, sei es in einem religiösen, sei es in einem demokratisch-sozialen oder in einem sozialistischen Gemeinwesen. In der Tat wollten die meisten der Zionisten nicht nur ein normales, sondern auch ein ideales jüdisches Gemeinwesen schaffen. Man kann heute, 18 Jahre nach der Staatsgründung, feststellen, daß die Normalisierung des jüdischen Volkes in Israel fast gelungen ist. Die Schaffung eines idealen Gemeinwesens, in welcher Form auch immer, blieb dagegen auf einige Enklaven beschränkt, wie etwa die landwirtschaftlichen Kollektivsiedlungen.

Über den Zionismus hinweg

Mit dem Entstehen des staatlichen Gemeinwesens in Israel hatte der Zionismus sein wichtigstes Ziel erreicht. Das Gemeinwesen aber ging schließlich über den Zionismus hinweg, ohne sich neue Ziele zu setzen, welche über die Notwendigkeiten des täglichen Lebens hinausweisen würden. Die israelische Gesellschaft mag vielleicht von mehr